Sind (und bleiben) wir, was wir tun?

Autor(en): **Tecklenburg, Ueli**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **102 (2005)**

Heft 4

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

LESERBRIEF

«1000-Franken-Jobs kosten viel und bringen wenig»

«1000-Franken-Jobs – Menschen eine Perspektive geben», Beitrag von Monika Stocker in der ZeSo Nr. 3 / September 2005

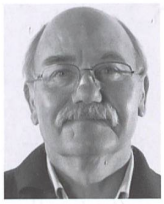
Der Vorschlag der 1000-Franken-Jobs erfordert eine Grundsatzdebatte. Die wachsende Zahl von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden stellt die Gesellschaft sicherlich vor Probleme. Mit grosser Beunruhigung nimmt man aber diverse Zeitungsartikel und politische Reden wahr, welche die Betroffenen als Schmarotzer oder Verursacher ihrer Misere darstellen.

Das Problem ist nicht gelöst, indem man verzweifelt nach Arbeitsintegrationsmodellen sucht. Die Kosten für solche Massnahmen sind enorm, die Effizienz ist gering. Die 1000-Franken-Jobs widersetzen sich der Menschenwürde. Solch ein Job müsste von der betroffenen Person gewollt sein und nicht durch Drohungen erzwungen. Wie kann sich ein Mensch in solch einer Situation fühlen? Ist der Stress der Arbeitslosigkeit oder der Druck, Sozialhilfe zu beziehen, nicht schon enorm? Ist es denn überhaupt die Aufgabe des Staates, als Stellenvermittler zu figurieren? Sind die Betroffenen Ware, die man gegen eine Gebühr vermieten und wieder zurücknehmen kann?

Es braucht andere Lösungen wie etwa ein existenzsicherndes Grundeinkommen. Auch die Förderung von Selbsthilfeprojekten könnte eine Perspektive sein. Würde der Staat entsprechende Fonds gründen, könnten die Initianten nach einer Aufbauphase ihre Existenz sichern. Ich bin überzeugt davon, dass das soziale Desaster andere, menschenwürdige Lösungen erfordert. Die Unternehmen müssen wieder lernen, soziale Verantwortung zu tragen.

Avji Sirmoglu
Mitglied der
Basler Armutskonferenz von unten

Sind (und bleiben) wir, was wir tun?



«Wir sind, was wir tun»: Arbeit als Ausdruck der Persönlichkeit und Würde. Dazu äussert sich Eberhard Ulich in seinem Artikel auf S. 12. Auf dieser Vorstellung der Arbeit basieren zu einem grossen Teil die Integrationsmassnahmen, die mit den revidierten SKOS-Richtlinien ein noch stärkeres Gewicht erhalten sollen. Es scheint aber immer klarer, dass die Vollbeschäftigung nie wieder erreicht werden kann, dass also ein Teil der Bevölkerung vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben wird (S. 9).

Wenn aber der eingangs erwähnte Satz stimmt, wie sollen diese Leute «ohne Arbeit» zu Persönlichkeit und Würde gelangen? Etwa über eine Sozialfirma, wie sie in St. Gallen anzutreffen ist (S. 4)? Auch wenn dort darauf hingewiesen wird, dass auch «schmutzige Arbeit» Arbeit ist.

Für eine Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen plädiert Peter Ulrich, Professor an der Universität St. Gallen, in seinem Votum für ein garantiertes Grundeinkommen (S. 10). Diese «radikale bürgerliberale Orientierungsidee weist der Zivilisierung der Marktwirtschaft buchstäblich die Richtung», so Ulrich. Dagegen wehren sich die Co-Autoren von «Avenir Suisse». Sie befürchten ein «kollektives Trittbrettfahren» bei der Einführung einer solchen Sozialdividende und unterstellen implizit, dass der Mensch im Grunde genommen nicht arbeiten möchte und jede Gelegenheit ergreifen würde, der Arbeit aus dem Weg zu gehen.

Beim Thema Arbeit stossen wir immer wieder auf ähnliche Probleme: Den «Ausgeschlossenen» fehlt es nicht nur an Arbeit und an Einkommen, sondern auch an einer Perspektive. Dadurch fehlt ihnen das Ziel und die Orientierung, um ein Leben in Würde führen zu können – gegebenenfalls auch ohne Erwerbsarbeit.

Ueli Tecklenburg
Geschäftsführer SKOS